

Volksstimme

Einzelpreis 24 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panis, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-
Inch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für
die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. —
Bezugspreis: Woche vom 15. bis 21. Oktober 125 Millionen Mark, Abolter 122 Millionen Mark.

Anzeigen-Grundpreise. Die 10gepaltene, 22 Millimeter breite Doppelpaltseite örtlich 84 Mt., auswärts
108 Mt.; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 Mt.; Vereinstafeln 96 Mt.; die dreizehnpaltige, 30 Millimeter
breite Reklameseite örtlich 120 Mt., auswärts 144 Mt.; Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des
Vertrags der Zeitung, Zeitungsverleger, ab 14. Okt. 600 000, Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen
nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorarbeiten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 127 Magdeburg

Nr. 242.

Magdeburg, Mittwoch den 17. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Konflikt mit Sachsen.

Dank dem gegen Bayern verhängten militärischen Belagerungszustand ist es zwischen dem Reich — oder richtiger zwischen der Reichswehr — und Sachsen — Thüringen zu einem Konflikt gekommen, der Deutschland zum Verhängnis werden muß, wenn er von den „unpolitischen“ Reichswehrgenerälen im Namen des Reiches ausgetragen wird. Wir sind weit davon entfernt, die in Sachsen auch von einem Teil unserer Genossen betriebene Politik als den Ausfluß höchster politischer Weisheit zu betrachten. Wie aber der Reichswehrexekutive im Wehrkreis 4, zu dem auch die Provinz Sachsen gehört, die ihm durch den Belagerungszustand gegebene Macht anwendet, erweckt den Verdacht, daß die Gelegenheit benützt wird, um eine Machtprobe gegenüber der gesamten Arbeiterschaft zu veranstalten.

Wir registrieren einige Tatsachen: der Reichswehrminister ernannt im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern des Reichstagsabgeordneten Meier (Zwickau) zum Zivilkommissar für den Freistaat Sachsen. Bevor ihm „amtlich“ die Ernennung des Kommissars bekannt ist, verbietet der Wehrkreiskommandeur die in Sachsen gebildeten proletarischen Hundertschaften. Das kann nicht anders als eine in hohem Maß illoyale Handlung und als eine Brüskierung des Zivilkommissars bezeichnet werden.

Gleichzeitig zieht die Reichswehr Verstärkungen ein. Offiziell nur in dem Maß, als zur Auffüllung des etatmäßigen Standes notwendig ist. Die uns bekanntgewordenen Tatsachen reden aber eine andre Sprache. Zur Verstärkung der Reichswehr sollen nach offiziellen Mitteilungen geeignete Männer aus allen Bevölkerungsteilen herangezogen werden. In Wirklichkeit werden der Stahlhelm und der Werwolf an ihre Mitglieder „Gestellungsbefehle“, bevor bekannt ist, daß die Reichswehr eine Auffüllung vornimmt.

Wir erleben im Wehrkreis 4 ganz ähnliche Dinge wie seinerzeit rings um Berlin und „eingezogene“ Stahlhelmeute prahlen, diesmal würde das Ding geschickter gedreht als in Kiefern.

Wir wollen die Lage nicht schwärzer malen als sie ist; aber eins ist sicher: ein besseres Mittel, um nicht nur in Sachsen und Thüringen, sondern auch in dem ob seiner feineren unerschütterlichen Ruhe bekannten Regierungsbereich Magdeburg das schlimmste Durcheinander anzurichten, gibt es nicht, als die Verstärkung der Reichswehr durch Stahlhelm und Werwolf. Diese seltsamen Verteidiger der Republik tun ihr möglichstes, um Unruhen zu provozieren. In allen ihnen zur Verfügung stehenden Zeitungen sagen sie der Arbeiterschaft Krieg an, die „Eingezogenen“ prahlen damit, daß sie die Aufgabe hätten, Sachsen und Thüringen für die „nationale“ Sache zu erobern und dann gemeinsam mit den „nationalen“ Kampfverbänden Bayerns im ganzen Reich „Ordnung“ zu schaffen.

Die „Verstärkungen“ bringen aber auch erhebliche Beunruhigung in die Reihen der Reichswehr selbst, deren verfassungstreue Mannschaften durch die Redereien der „Eingezogenen“ in die Besorgnis veretzt werden, daß sie zu verfassungswidrigen Zwecken mißbraucht werden sollen. Starke Beunruhigung wegen dieser Vorgänge besteht auch in den Reihen der verfassungstreuen Beamtenschaft. So schafft das Regiment der „unpolitischen“ Generale ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit, bringt statt Ruhe nur vermehrte Unruhe in das öffentliche Leben.

Wir wollen aber auch nicht verschweigen, daß die Kommunisten ihr möglichstes tun, um der „verärgerter“ Reichswehr Gelegenheit zum Eingreifen zu geben. Nach einem Rundschreiben der kommunistischen Zentrale soll auf folgende Weise eine „Aktion“ zustande kommen: Die kommunistische Presse wird die Reichswehr und die Reichsregierung angreifen, um Verbote des Wehrkreiskommandeurs zu provozieren. Um diese Verbote will man sich nicht kümmern und wenn dann Reichswehr eingeseht wird, um die Verbote durchzuführen, hofft die kommunistische Zentrale, daß dagegen nicht nur die kommunistische, sondern auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft unter kommunistischer Führung sich auflehnen werde.

Es ist selbstverständlich, daß dieses Spiel mit verärgerten Rollen durchkreuzt werden muß. Es geht nicht an, Sachsen, Thüringen, die Provinz Sachsen und schließlich auch noch andre Teile Deutschlands in einen einzigen Aufbruchherd zu verwandeln, weil sich der sächsische Ministerpräsident und der Reichswehrminister bzw. seine Generale nicht miteinander vertragen. Der militärische

Ausnahmezustand hat seinen Sinn verloren, als er gegen Bayern verhängt. Er muß nunmehr schleunigst aufgehoben werden, weil der Betätigungsdruck der Kommandeure in einer Weise sich auswirkt, die für Deutschland von außerordentlicher Gefahr ist.

Das Gefüge des Reiches ist ohnedies auf das schwerste erschüttert. Wir können uns nicht gestatten, die innere Politik von Generalen, Stahlhelm und Werwolf besorgen zu lassen. —

Protest der sächsischen Regierung.

In einer Regierungserklärung, die durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben wird, teilt die sächsische Regierung mit, daß sie auf verschiedene Anfragen des Wehrkreiskommandos 4 sich gegen die Auflösung der „proletarischen Hundertschaften“ ausgesprochen habe. Trotzdem sei die Auflösung erfolgt. Am Sonntag vormittag sei der Reichstagsabgeordnete Meier (Zwickau), der zum Zivilkommissar ernannt worden ist, beim Reichswehrexekutivekommandeur, General Müller, vorstellig geworden. Der General erklärte, daß ihm amtlich über die Ernennung des Zivilkommissars noch nichts mitgeteilt sei, er könne daher mit Herrn Meier nur als Privatmann verkehren. Tatsache ist, daß Abgeordneter Meier erst am Montag in Berlin die Ernennungsurkunde über seine Berufung zum Zivilkommissar ausgefertigt erhalten hat.

Die sächsische Regierung erklärt weiter, sie habe grundsätzliche Bedenken gegen das Verbot der „proletarischen Hundertschaften“ und der „Aktionsauschüsse“, deren Verfassungstreue und Entschlossenheit, die Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen, nicht bestritten werden könne. Diese Bedenken werde die Regierung auch in Berlin ernstlich zum Ausdruck bringen. Dazu komme noch, daß „Angehöriger der rechtsgerichteten Organisationen, in großer Zahl zur Auffüllung der Reichswehr in Sachsen herangezogen worden seien. Die Regierung finde es besonders befremdlich, daß auf der einen Seite die Organisationen, die ausdrücklich die Verteidigung der Republik zu ihrer Aufgabe gemacht haben, aufgelöst werden, während andererseits eine Menge von Angehörigen solcher Organisationen, deren Verhältnis zur Republik mindestens zweifelhaft sei, in die Reichswehr aufgenommen würde, und zu alledem komme noch, daß zur gleichen Zeit, wo solche Maßnahmen in Sachsen erfolgten, in Bayern die Feinde der Republik, die schwerbewaffneten Rechtsorganisationen, nicht im mindesten in ihren Wählereien und Kundgebungen behindert würden. —

Ein Schlag ins Wasser.

Als vor 14 Tagen der erste gemeinsame Aktionsauschluß der Vereinigten sozialdemokratischen Partei und kommunistischen Partei in Zwickau gebildet worden war, wurde der sächsischen Regierung vom Wehrkreiskommando 4 ein Schreiben überhandt, in dem gesagt wird, daß sich solche Aktionsauschüsse erfahrungsgemäß Exekutivgewalt anzumahnen pflegten und angefragt wurde, ob die sächsische Regierung etwas gegen den Aktionsauschluß zu veranlassen gedenke. Das Wehrkreiskommando habe eventuell die Absicht, ihn zu verbieten.

Die sächsische Regierung hat daraufhin in ihrer Antwort vom 2. Oktober erklärt, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Aktionsauschüsse, die sich auf die Organisationen der Arbeiterschaft stützen, eine Garantie gegen öffentliche Unruhen bedeuten. Sie zu verbieten, würde die sächsische Regierung für außerordentlich unflug halten. Bei anderer Gelegenheit wurde dem Wehrkreiskommando erklärt, daß die sächsische Regierung ein Verbot der proletarischen Hundertschaften als eine durchaus unzumutbare und große Kreuze der Bevölkerung beunruhigende Maßregel betrachten müßte.

Das Wehrkreiskommando 4 hat also das Verbot der proletarischen Hundertschaften und Aktionsauschüsse ausgesprochen, obwohl ihm die Stellungnahme der sächsischen Regierung nicht nur aus der Programmrede des Ministerpräsidenten Zeigner, sondern auch aus einem besondern Schriftwechsel bekannt war.

Die „Dresdner Volkszeitung“ bezeichnet die Auflösung der proletarischen Selbstorganisationsorgane als einen Schlag ins Wasser. Sie versichert, daß die Arbeiterschaft in dem Augenblick in zweckentsprechender Form auf den Beinen sein wird, wenn es gilt, die bis heute gesicherten Errungenschaften des 9. November zu verteidigen. —

Die Rentenmark als neue Währung.

Das Reichskabinett hat Montag abend über die neue Währung Beschluß gefaßt. Als neue Werteinheit wird die Rentenmark geschaffen, die garantiert ist durch Goldrentenbriefe. Diese werden ausgegeben auf Grund einer hypothekarischen Belastung der Industrie und Landwirtschaft in Gold.

Das neue Geld tritt als zusätzliches wertbeständiges Zahlungsmittel in die Wirtschaft. Gesetzliches Zahlungsmittel bleibt die Papiermark. Einer weiteren Inflation der Papiermark wird jedoch dadurch entgegengewirkt, daß von dem Beginn der Tätigkeit der neuen Währungsbank an, die das neue wertbeständige Zahlungsmittel ausgibt, Schatzanweisungen des Reiches nicht mehr diskontiert, also ungedeckte Noten nicht mehr gedruckt werden. Das Reich erhält vielmehr von der Währungsbank ein Darlehen zur Abdeckung von schwebenden Schulden.

Die Lösung baut sich auf dem Vorschlag auf, der unter der Tätigkeit des Genossen Hilferding im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist. Er unterscheidet sich jedoch von dem damaligen Projekt in einigen wichtigen Punkten. Hatte man z. B. damals vorgesehen, daß die Papiermark sofort in ein bestimmtes Wertverhältnis zu der neuen Mark treten sollte, so ist diese Bestimmung jetzt fortgefallen, so daß wir für eine Weile die Papiermark als selbständige Währung neben der Rentenmark haben werden. Daß dieser Zustand nicht lange anhalten kann, liegt auf der Hand. Es besteht sonst die Gefahr, daß das wertbeständige Zahlungsmittel ausschließlich für den Gebrauch der besitzenden Kreise vorbehalten bleibt, und das kann die Arbeiterschaft, können die Angestellten und Beamten wie Rentenernfänger nicht hinnehmen.

In den Goldschuldverordnungen der Erwerbsstände hat das neue Zahlungsmittel eine hochwertige Deckung. Die Wertbeständigkeit des Zahlungsmittels wird allerdings nur dann garantiert sein, wenn es bald gelingt, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Durch die Verordnung über die Wertbeständigkeit der Steuern ist hierzu eine wesentliche Vorbedingung geschaffen. Darüber hinaus wird es darauf ankommen, das Zahlungsversprechen, das das neue Geld in sich trägt, so glaubhaft als nur irgend möglich zu machen, indem man mit größter Beschleunigung an die Ausgabe von Goldnoten herangeht und damit den Schritt zur tatsächlichen Goldwährung vollendet.

Denn es ist eine Zwischenlösung, die gewählt worden ist. Ihr Wert ist von vornherein unstritten. Aber bei der entsetzlichen Verworfenheit der wirtschaftlichen Lage, die die Inflation mit sich brachte, mußte die Regierung einen raschen Entschluß fassen und den Versuch wagen, wenn sie auch noch keine vollkommene Lösung bieten kann. Zu fordern ist, daß es die Regierung bei diesem vorläufigen Schritte nicht bewenden läßt, sondern mit der gebotenen Kraft und Eile alle notwendigen Maßnahmen zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft trifft.

Die technischen Vorbereitungen zur Durchführung der neuen Währung sind getroffen. Der Verwaltungsrat der Währungsbank ist aus 20 Personen der wirtschaftlichen Berufe gebildet. Für den Druck der Noten sind die erforderlichen Vorbereitungen getroffen. —

Fort mit dem Belagerungszustand!

Der am 27. September von der Reichsregierung über das ganze Reich verhängte Ausnahmezustand hatte den Sinn, das Ausnahmerecht der bayrischen Regierung wirkungslos zu machen und Herrn von Kahr seiner Rechte zu entheben. Von alledem ist bis heute nichts wahr geworden. Das Reichsrecht hat in Bayern nur insoweit Gültigkeit, als es den bayrischen Spießbürgern gefällt; es ist hinfällig, sobald der Geldbeutel dadurch Schaden erleidet. Die verfassungstreuen Verbände werden aufgelöst und verboten, ihre Druckschriften unterdrückt, während die Sillergardisten das seit Jahren betriebene Verbrechen gegen Volk und Staat ungehindert fortsetzen können. All das geschieht, ohne daß der Beauftragte des Reichswehrministers, General von Lossow, auch nur mit den Wählern sucht und den Versuch macht, Recht für jedermann zu schaffen.

Andererseits in den übrigen Gebieten des Reiches. Hier wirkt sich der Ausnahmezustand arschförmlich gegen

die Arbeiterkassette und die Anhänger der Republik aus. Ein Blick nach Sachsen zeigt, wohin die einseitige Handhabung des militärischen Ausnahmerechts auf die Dauer führen muß. Hier werden die republiktreuen Selbstschutzorganisationen aufgelöst, während die Geheimverbände sich ungehindert verstärken und Waffenschulungen vornehmen können.

So bedeutet der Ausnahmezustand im Reich in Wirklichkeit eine Stärkung der Rechtsradikalen und eine Schwächung der verfassungstreuen Elemente, also das, was mit ihm nicht bezweckt war. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der nicht länger ertragen werden kann, und der beendet werden muß, weil er dem Sinne des am 27. September von der Reichsregierung verhängten Ausnahmezustandes widerspricht und auch in Zukunft nicht entsprechen wird.

Will die Reichsregierung heute tatsächlich gegen Bayern noch etwas unternehmen, dann ist das ohne Ausnahmezustand im Reich möglich. Will sie aber weiter schweigen oder muß sie den verbrecherischen Zuständen in Bayern ruhig zusehen, dann wäre es endlich an der Zeit, ein entsprechendes Eingeständnis zu machen.

Jedenfalls kann es wie bisher nicht weitergehen! Geschickt es demnach, dann macht sich die Regierung mit schuldig, nicht nur an der Untergrabung der Staatsautorität und einer zunehmenden Verachtung der Verfassung, sondern auch an den Folgewirkungen, die hieraus in der Praxis entstehen. —

Rothbachtomödie.

Anlässlich der Entlassung Rothbachs wird mitfolgendes mitgeteilt:

Am vergangenen Sonnabend nachmittag kurz vor 3 Uhr erfuhr die sächsische Regierung, daß der Bandenführer Rothbach vom Staatsgerichtshof aus der Haft entlassen werden soll, weil Verdunklungsgefahr nicht mehr vorliege. Darauf hat die sächsische Regierung der Polizei in Leipzig funktentelegraphisch den Befehl erteilt, Rothbach vorläufig festzunehmen. Gleichzeitig hat die sächsische Regierung bei dem Wehrkreiskommando 4 den Antrag gestellt, Rothbach auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 1916 in Schutzhaft zu nehmen.

Der Antrag wurde damit begründet, daß „die weitere Festhaltung Rothbachs zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich“ sei. Das ergebe der bekannte Sachverhalt ohne weiteres. Gleichzeitig wurde dem Wehrkreiskommando mitgeteilt, daß die sächsische Regierung der Polizei in Leipzig den Befehl erteilt habe, Rothbach vorläufig festzunehmen. Als jedoch die Leipziger Polizei den Befehl ausführen wollte, war Rothbach bereits aus der Haft entlassen. Sein Aufenthalt war nicht bekannt. Die Polizei hat sich bemüht, seiner habhaft zu werden, hat ihn aber bisher nicht ermitteln können.

Vom Wehrkreiskommando wurde durch Schreiben vom 14. Oktober mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister die Schutzhaft über Rothbach verhängt worden ist.

Das Reichswehrministerium bestätigt, daß auf Antrag der sächsischen Regierung im Einverständnis mit dem Reichswehrministerium die Schutzhaft über Rothbach verhängt worden ist. Allerdings konnte der vom Staatsgerichtshof aus der Haft Entlassene bisher noch nicht wieder festgenommen werden. Unmittelbar nach seiner Entlassung in Leipzig begab sich Rothbach am Sonnabend auf sein Besitztum in Rammsee bei Berlin. Von hier aus soll er jedoch sofort eine längere Erholungsreise angetreten haben. Ob mit oder ohne Kenntnis der neu verhängten Haft bleibt offen.

Der Staatsgerichtshof hat Rothbach zwar ohne Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen,

aber ihm die Verpflichtung auferlegt, dem Untersuchungsrichter jederzeit seinen Aufenthaltsort anzugeben. Es fragt sich aber, ob Rothbach dieser dem Staatsgerichtshof gegenüber übernommenen Verpflichtung nachkommen wird.

Da die Schutzhaft auf Anweisung des Reichswehrministers, dessen Befehlsgewalt sich über das ganze Reich erstreckt, erfolgt ist, hat seine Festnahme überall zu erfolgen, unbeschadet, ob sich Rothbach im Bereich des Wehrkreiskommandos 4 oder sonstwo im Reich, sei es selbst in Bayern aufhält. Hat, hat — ja, hat sich was! —

Spannung im Ruhrgebiet.

Im Ruhrgebiet herrscht überall drückende Gewitterschwüle. Die Preise für die notwendigen Lebensmittel sind gerade hier aufs Unerhörliche gestiegen, weil die Waren bei der geringen Leistungsfähigkeit der französisch-belgischen Regie auf Kraftwagen herangezogen werden müssen. Insbesondere ist man vereinzelt damit beschäftigt, die auseinandergerissenen Eisenbahn- und Antriebsaggregate wieder in Ordnung zu bringen. Es wird aber auch nach der allgemein erwarteten Arbeitsaufnahme der Eisenbahner am 17. Oktober noch gute Weile haben, bis namentlich der Güterverkehr eine nennenswerte Steigerung erfährt.

Aus demselben Grunde liegen die wieder in Betrieb gebrachten Züge über Abzweigpunkte und legen ebenso wie die Metall- und Eisenwarenindustrie Feiertage ein. Trotzdem kämpfen die „Deutsche Bergwerkszeitung“ und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sowie die ihnen geschleichenwärtigen Blätter in jeder Nummer mit Leidenschaft für die Beseitigung des Achtstundentags bzw. der Siebenstundenschicht im Bergbau. Erscheint der Abzweigmanal dem Arbeiter plausibel, so kann er doch nicht verstehen, daß in dieser Zeit Feiertage eingelegt werden, weil es angeblich den Werken an Geld fehle, um volle Wochenlöhne zahlen zu können. Dabei haben vielfach die Arbeiter an vergangenen Sonntagen nur 1—1½ Milliarden als Abschlagszahlungen bekommen. Was diese geringe Summe bei einem Preise von 3½ Milliarden für den Zentner Kartoffeln und 800 Millionen für das Pfund Margarine bedeutet, kann sich jeder ausmalen.

Die Entbehrung der Arbeiter, zu denen noch die größer werdende Zahl von Erwerbslosen aus der Kleinindustrie, dem Handel und dem Handwerk hinzukommt, ist ungeheuer und hat bedauerlich aber verständlicherweise schon zu Minderungen von Arbeitsfeldern, namentlich in der Gegend von Bochum, geführt. Wenn am Abschlagsstag keine größeren Summen ausbezahlt werden, dann ist das Schlimmste zu befürchten. Zudem hat noch eine kühlere Witterung eingesetzt, die den Aufenthalt in ungeheizten Räumen unmöglich macht. Die Kohlenfelder sind aber leer, obwohl man auf der Kohle sitzt. Das Schürfen steckender Kohle ist von der Beschäftigung unterlagt, jedes Quantum, was sei es im Aufschad oder Karton umgebracht wird bei Entscheidung unbarbarisch beschlagnahmt. Wer trassiert ausgeht, hat dabei noch Glück. Von der Beschäftigung erhofft, nach der allgemeinen Stimmung zu schließen, niemand Hilfe; wohl jagt man aber nach Berlin und harret der Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes. Enttäuschungen hierüber wären für die Arbeiterschaft, ob teilhaberschaftlich oder direkt organisiert, kaum zu ertragen. —

Verdacht des Landesverrats.

Vor kurzem ist Major a. D. v. Ruppert, der frühere Kommandeur der Kasseler Schutzpolizei, unter dem Verdachte des Landesverrats verhaftet worden.

Nach dem Bericht einer Nachrichtenagentur soll der behördlichen Kasse ein Privatbrief Rupperts zugrunde liegen, in dem er „seine Auffassung über eine nötige Umformung der Schutzpolizei“ angibt. In Wirklichkeit scheint diese Meinungsäußerung des Majors v. Ruppert nicht ganz so harmlos gewesen zu sein, wie sie ihm dargestellt werden soll. Es handelte sich nämlich, wie der „Frankf. Ztg.“ zuverlässig mitgeteilt wird, um die „Richtlinien für die neue Umformung der Schutzpolizei“, die von gewissen rechtsradikalen Elementen für den Fall aufgestellt worden waren, daß es gelingen sollte, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und ein Regiment der äußersten Rechten in Deutschland aufzurichten.

Dieser Plan, der zweifellos einen Teil der in den letzten Wochen und Monaten in verschiedenen Teilen Deutschlands betriebenen Preßpropaganda bildete, war zudem unter den Um-

ständen, wie er entdeckt wurde, durchaus nicht als „Privatäußerung“ des früheren Leiters der Kasseler Schutzpolizei anzusehen. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung Rupperts hat sich zweifelsfrei ergeben, daß er in Verbindung mit rechtsradikalen Organisationen stand.

Die Verhaftung war wegen Fluchtgefahr vorgenommen worden. Wenn, wie die erwähnte Nachrichtenstelle mitteilt, der Oberreichsanwalt inzwischen die Wiederfestsetzung Rupperts angeordnet hat, darf also nicht ohne weiteres der Schluß gezogen werden, daß sich gegen ihn belastendes Material nicht ergeben hätte. —

Aburteilung der Rüstrierer Putzschichten.

Wegen der Vorgänge, die sich am 1. Oktober in Rüstrie abgepielt haben, ist bei dem zu ihrer Aburteilung eingesetzten außerordentlichen Gericht in Rottbus Anklage erhoben worden gegen 1. den Major a. D. Ernst Buchruder in Haus Loznow bei Budow, Kreis Lobs; 2. den Major a. D. Fritz Herper in Rüstrie; 3. den Kaufmann Hans Hayn in Rignitz; 4. den Zahnarzt Max Fliege in Leipzig; 5. den Oberleutnant a. D. Peter Voigt in Rüstrie; 6. den Kandidaten der Chemie Gerhard Reichel in Rüstrie; 7. den Ingenieur Karl Dabowski in Rüstrie; 8. den Landwirt Hans Rörige in Dauterow bei Müllrose; 9. den Landwirt Hermann Röhn in Brunow, Kreis Angermünde; 10. den Landwirt Georg Warchard in Klein-Dammer, Kreis Jülichgau; 11. den Kaufmann Willi Brzezanski in Berlin; 12. den Oberleutnant Arnold Streni in Rüstrie; 13. den Landwirt Eduard Stobbe, Riezschütz, Kreis Schwiebus; 14. den Oberleutnant a. D. Georg Walker in Rüstrie.

Die Anklage beschuldigt die genannten 14 Personen, welche sich sämtlich in Haft befinden, des Hochverrats, weil sie es gemeinschaftlich unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reichs gewaltsam zu ändern. Da die Anklageschrift bei dem außerordentlichen Gericht eingereicht worden ist, so kann damit gerechnet werden, daß die Hauptverhandlung im Laufe der nächsten Woche stattfindet.

Den Vorsitz im Gericht wird der Landgerichtsdirektor Lampe in Rottbus führen. Die Anklage wird durch den Landgerichtsdirektor Heude in Berlin vertreten werden. Eine größere Anzahl anderer Personen, die wegen der Vorgänge in Rüstrie in Haft genommen waren, sind in ihre Heimat abgeführt worden, da es sich nicht hat nachweisen lassen, daß sie von den hochverräterischen Absichten ihrer Führer Kenntnis gehabt haben. —

Der liebe Gott und die Monarchisten.

Die neueste Spezialität der österreichischen Monarchisten behauptet sich darin, daß sie den lieben Gott um seine freundliche Unterstützung bei der Wiederaufrichtung der Monarchie bitten. Sie haben dieser Tage in Wien folgende gedruckte Mitteilung an ihre Mitglieder versandt:

Kaisertreue Volkspartei.

Sitz: Gastwirtschaft Alter Silberguden, I., Ballgasse 8. Sonntag den 14. Oktober 1923, halb 9 Uhr vormittags feierlicher Wittgottesdienst.

in der Peterskirche, I., Petersplatz, mit großer geistlicher Mithenz, Festbeleuchtung, großer Chormusik und patriotischer Festpredigt für die baldige Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich.

!! Erscheinen ist Ehrenpflicht !!

Der Exekutivsausschuß der Kaisertreuen Volkspartei

Wir vermuten, daß trotz des Wittgottesdienstes mit Festbeleuchtung die Habsburger nicht wiederkehren werden. Denn der liebe Gott hat, wie die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, für deutsche Herrscherfamilien nichts mehr übrig. Vielleicht wenden sich die Kaisertreuen einmal versuchsweise an Mozan. Dessen Weizen blühte einst in den Zeiten der Barbarei und er hat sicher ein reges Interesse an der Wiederaufrichtung von Kaiserthronen.

Kleines Feuilleton.

Candida.

Fernand S'ha to gilt als Schöner und Starker. Aber je mehr man von ihm hört, um so bewundernswerter wird die herrliche Gestalt ein andrer, besserer Mensch, ein Menschenkinder und Menschenfreund. Der Herr S'ha to ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert.

Der Herr S'ha to ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert.

Der Herr S'ha to ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert.

Arbeiterkampf von London den Sozialismus mit den Lehren des Christentums zu verbinden. Im Jahre des Pfarrers Morell gibt es keine Meinungen: die größten Arbeiter gehört die Herrschaft selbst. Man genießt auch keinen Ansehen. Und trotzdem geht es nicht anders und unheimlicher zu. Bei alledem sind die Pfarrereien keine heutzutage beleuchteten Wesenheiten. Der Herr S'ha to ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert.

Der Herr S'ha to ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert.

Der Herr S'ha to ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert. Er ist ein Mann, der sich nicht für das Wohl und Weh der Welt interessiert.

beteiligt. Man vernimmt die Steigerung des inneren Erlebens auf diesen Punkt hin. Die Rolle des Schwiiegerbaters hätte Groß sicher weit lebendiger und verständlicher gespielt als Thies, dessen Fähigkeiten über das Drahtlich-Romische nicht hinausreichen. Die Komik des Stückes wurde einzig durch Fritz Forberg als Unterparrer und vor allem durch Frieda Helm gerettet, deren reife Natur wie ein frisches Bad wirkte.

Wenn eine einzelne Rolle unbefriedigend besetzt ist, kann der Darsteller immer noch durch die anderen mitgerissen werden; wenn aber gleich drei Darsteller versagen, dann sind tote Sprechend im Stück unvermeidlich. Dazu gesellte sich eine lähmende Schleichheit des Tempos, die die Komödie lang und unerfreulich erscheinen ließ. Unstimmigkeiten in der Aussprache hätten sich aber auch beschränken lassen: Schulze neigte zu „Candida“, während Giese kampfhaft „Candida“ aussprach. Der Name ist lateinisch und braucht durchaus nicht anglisiert zu werden. Wohl aber hätte der Anzug des Pfarrers eine Anglizierung betragen, zumal ausdrücklich von dem Krager geredet wird, den man hinten zumacht. Beim englischen Pastor ist kein Schicksal zu sehen, die Waise schläft den Krager ab. Und das Heim eines geistig hochstehenden und immerhin kritischen Menschen darf nicht aussehen wie ein Reichshof. Die Wand im Vordergrund darf nicht mit kleinen Bildern voll gepflastert werden. Die bunte Porzellanart, der große Gips-Bügel und der kleine Gips-Christus und was sonst noch an Exotica sich auf dem Kammin herumtrieb, haben dort nichts zu suchen. Der lauter Krimstrahls sah man fast die Menschen in diesem Zimmer nicht mehr. Still, Still!

Theaterchronik. Felix Holländer hat seinem Herrn und Meister Max Reinhardt die Direktion des Deutschen Theaters und der Kammertheater in Berlin zurückgegeben. Als sein Nachfolger wird Karl Rosen genannt. —

Die Not der Geistes. Zu der von dem großdeutschen Bundesminister Dr. Schurr in Vesterreich eingeleiteten Hilfsaktion für deutsche Schriftsteller und Künstler jüdischen Stammes und Ludwig Janda Dopejahn an die Wiener Presse. Mann sagt: „Ich begrüße die Hilfsaktion von ganzem Herzen, denn die Not der geistigen Arbeiter bedeutet die Ausprägung der nationalen Gedankenkräfte. Geht und helfe!“ Janda dachte: „Die Not der geistigen Arbeiter in Deutschland ist grenzenlos. Es bleibt nur die Wahl: Hungertod oder Verhungern-Gänge mit dringender Not.“ Es wollen in Wien größere Veranstaltungen stattfinden, deren Leitung die Kommandia, die bekannte Zeitung der Wiener Journalisten und Schriftsteller, in die Hand genommen hat und in denen man unter Mitwirkung der herborwachsenden Künstler und angehenden Männer der Wissenschaft für die deutsche Hilfe wesentliche Eingänge zu erwarten hofft. —

Entscheidende Taten.

Das Ermächtigungsgesetz gibt der Reichsregierung weitgehende wirtschafts- und finanzpolitische Vollmachten. Unbeschwert von dem immerhin langwierigen Gang parlamentarischer Verhandlungen kann sie von sich aus wirtschaftliche und finanzpolitische Maßnahmen von größter Tragweite mit Geheißkraft treffen. Es hätte einer derartigen Vollmacht nicht bedurft, wenn nicht in allen Kreisen des Volkes darüber Uebereinstimmung herrschte, daß die außerordentlich gestiegene wirtschaftliche Notlage in diesen Tagen entscheidende Taten von der Regierung verlangt, Taten, die keinen Aufschub mehr dulden und die geeignet sind, den Leidensweg des deutschen Volkes abzukürzen.

Die Arbeiterschaft hat an erster Stelle das Recht, Abhilfe gegen die täglich wachsende Not zu fordern. Sie hat dieses Recht deshalb, weil sie niemals in einem falschen Klassenegoismus sich auf Forderungen zu ihrem eignen Vorteil beschränkt, sondern sich zugleich schützend vor alle wirtschaftlich Schwachen gestellt hat, die durch den Währungsverfall proletarisiert wurden. Sie hat aber heute das Recht dazu mehr als je, weil sie von dem Marktzug und der Teuerung in einer Weise betroffen wurde, die alle Begriffe übersteigt.

Denn mit der Teuerung wächst die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. In derselben Zeit, wo die Unternehmer mit allen Mitteln die Verlängerung des Arbeitstags betreiben, verweigert sie Hunderttausenden das Recht auf Arbeit. Nicht immer sind es rein wirtschaftliche Gründe, welche sie für die Betriebsbeschränkungen ins Feld führen können. Meist sogar ist es die gänzlich unproduktive Einstellung, welche sich in allen Kreisen des Unternehmertums in der Zeit der Inflationswirtschaft und des Großverdienens breitgemacht hat: man verzichtete darauf, mit einer planmäßigen Preispolitik und mit einer Senkung der Goldpreise den erlahmenden Absatz des Inlandes zu beleben. Man hielt sich an den Schutz der Monopolstellung, den die Unternehmer in ihren Kartellen genossen. Und man schloß lieber die Pforten der Fabriken, unbekümmert um das Schicksal derer, die draußen blieben, ehe man die aus der Absatzstörung mit zwingender Logik sich ergebende Konsequenz, den Preisabbau, ernsthaft sich zu eigen machte.

Ein besonderes Kapitel ist die Landwirtschaft. Wenn verantwortliche Organe der landwirtschaftlichen Unternehmerverbände die Ablehnung der Papiermark förmlich propagieren und ohne Rücksicht auf die wachsenden Ernährungsschwierigkeiten der Verbraucher der Abwehr von der Mark und damit der Warenzurückhaltung das Wort reden, so ist das ein Verbrechen an der Volksgemeinschaft. Hier muß unbedingt eingegriffen werden.

Eine Reihe von Verordnungen hat die Regierung angekündigt. In der Frage der Sanierung der Staatsfinanzen ist ein gerundeter Schritt mit Aufwertung der Steuern erfolgt. Die sachliche Vorbedingung für die Beseitigung des Steuerbetrugs mit Hilfe der Geldentwertung ist dadurch geschaffen. Seine Wirkung wird in hohem Maße von der Art der Durchführung dieser neuen Bestimmungen abhängen.

Es sei nur darauf hingewiesen, daß wir bei der sogenannten Landabgabe und bei den Einfuhrzöllen eine solche Aufwertung bereits längere Zeit haben, daß aber die Anpassung der Steuer an die Geldentwertung gerade in Zeiten starken Marktzuges äußerst unzulänglich ist. Der Landwirt und der Importeur zahlt z. B. bei der Steuer in der Zeit vom 17. bis 19. Oktober, also vom Mittwoch an, nur 1080 Millionen Mark für je eine Goldmark. Niemand weiß, wie hoch der Dollar am nächsten Mittwoch stehen wird. Bisher war es so, daß die Steuer goldmark hinter der „Dollargoldmark“, welche der Importeur und der Landwirt seinen Preisen zugrunde legt, ganz wesentlich zurückblieb. So galt in der Zeit vom 10. bis 12. Oktober eine Steuergoldmark = 137 Millionen Mark. Der Wert der Goldmark über den Dollar errechnet, stellte sich aber am 10. auf 708,6 Millionen, am 11. auf 1,2 Milliarden, am 12. auf 952 Millionen Mark. Man muß verlangen, daß die Aufwertung der Steuern sich dem Dollar auf das engste anpaßt. Daß das technisch nicht geht in einer Zeit, wo jeder Zoll- und Steuerbeamte sich über den Dollarkurs informiert, ehe er seine Frau einkaufen schickt, wird wohl niemand behaupten können.

Auf die Art der Durchführung, nicht auf den Wortlaut noch so gut gemeinter Verordnungen kommt es auch an, wenn man das Problem des Preisabbaues ernst-

haft anzupacken will. Man hat jetzt die Beseitigung der Kohlensteuer vorgenommen. Das ist für die Reichsfinanzen, die kuriert werden sollen, ein empfindlicher Schlag. Er wird aber ausgeglichen werden durch eine größere Ergiebigkeit anderer Steuern, wenn es wirklich gelingen sollte, durch einen Preisabbau in der gesamten Industrie den Absatz zu beleben. Der erste Versuch, auf diese Weise einen Preisabbau herbeizuführen, ist im März dieses Jahres erfolgt. Damals ist die Steuer um 10 Prozent ermäßigt worden. In den Preisen der Fertigfabrikate war aber von einer Verbilligung der Selbstkosten nichts zu spüren. Die Industrie schloß die Kohlensteuer, ohne daß die Verbraucher davon Nutzen hatten. Es wird darauf ankommen, daß man jetzt einen ähnlichen Mißerfolg vermeidet. Das geht nur, wenn die Regierung durch scharfe Beaufsichtigung der Kartellpreispolitik dafür sorgt, daß nun mit einem Preisabbau auf der ganzen Linie Ernst gemacht wird.

Wenn die Regierung ihre Vollmacht zu starken Eingriffen in die Wirtschaft selbst von den Vertretern des arbeitenden Volkes entgegennahm, so erwächst ihr daraus die Verpflichtung, alles zu tun, um dem Währungselen und Gehalt zu gebieten, das die letzte Ursache der Ernährungsnot und aller übrigen Fäulniserscheinungen am Wirtschaftskörper ist. Nachdem das Parlament ihr Vollmachten erteilt hat, wird die Wühlererei privatrechtlicher Interessenten offen und versteckt, in der Presse und in den Amtsstuben verstärkt einsehen, um die Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie wird hier nicht nachgeben dürfen. Nach dem Erfolg, nach der Schnelligkeit und der Zielbewußtheit, mit der sie handelt, wird man die Regierung beurteilen.

Die zu höchster Empörung entflammte Erbitterung der arbeitenden Massen über die sprunghafte Teuerung, die wachsende Not der Arbeiterschaft müssen ihr eine Mahnung sein, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist.

Stickstoffdünger für Kartoffeln.

Die Tatsache, daß die Landwirte Kartoffeln nicht mehr gegen Papiermark verkaufen wollen wegen deren ständiger Entwertung, führt dazu, daß die Stadtbefölkerung nicht genügend mit dem wichtigsten Nahrungsmittel versorgt wird.

Eine Reihe von Stadterverwaltungen ist deshalb an das Stickstoffsyndikat herangetreten mit der Bitte, ihnen zum Zwecke des Austausches gegen Lebensmittel Stickstoffdünger zu verkaufen. Wie gemeldet wird, ist das Stickstoffsyndikat diesem Wunsche nachgegeben und hat dem Vorsitzenden des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Böß, anheimgegeben, die deutschen Stadterverwaltungen von der Bereitwilligkeit des Stickstoffsyndikats in Kenntnis zu setzen.

Krieg um die Kartoffeln.

Wenn man die Kundgebungen der deutschen Agrarierführer in der letzten Zeit liest, so kommt man auf den Gedanken, daß diese keine größere Sorge kennen als die, die Städter könnten um Gottes willen ein paar Lebensmittel erhalten. Es ist ja nur keine Neugier mehr, daß das liebe Vieh gewissen agrarischen Kreisen mehr am Herzen liegt als die Sorge um die Milchbelieferung der Großstädte. Aber wenn man in einem Atem den bekannten Vorstoß gegen jeden Versuch der Brotversorgung durch Schaffung einer ausreichenden Getreide- und Reservelieferung, wenn Graf Bismarck die Lebensmittelzurückhaltung der Agrarier in einer Weise verteidigt, die einer Aufmunterung dazu gleichkommt, so ist das ein skandalöser Zustand. Neuerdings haben es die Agrarier darauf abgesehen, die vom Ernährungsministerium getroffenen Maßnahmen gegen die Verarbeitung von Kartoffeln zu Falle zu bringen.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat nämlich in einer Eingabe an das Reichsernährungsministerium gegen dieses Verbot Protest erhoben und seine Aufhebung gefordert. Obwohl bis jetzt von Nachforschern nicht die Rede sein kann, schiebt man die Sorge vor einem Erscheinen der Kartoffeln auf dem Transport vor, um die Kartoffeln zur Spiritusbrennerei und zur Trocknung frei zu bekommen. Daß die beste Vorkehrung gegen ein Verderben der Kartoffeln eine rasche Belieferung der Großstädte mit ausreichenden Mengen ist, scheint dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft nicht in den Sinn gekommen zu sein.

Die Agrarier können bei einer industriellen Verwertung der Kartoffeln eben noch mehr verdienen als beim direkten Verkauf an die Verbraucher, deshalb haben sie einen regelrechten Feldzug unternommen gegen alle Maßnahmen, die eine Verarbeitung in den Brennereien und Trockenfabriken verhindern sollen. Es wäre unbeschwerlich gehandelt, wenn hier das Ernährungsministerium

nachgeben würde. Das Ministerium würde einen Hungerkrieg der Verbraucherschaft unterstützen, der ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit geführt wird.

Welche Formen übrigens der Kartoffelhandel auf dem allgemeinen Markt hat, das geht aus einer Kundgebung des Wirtschaftsministeriums hervor. Darin heißt es:

Die Erzeugergebiete werden überlaufen von Aufkäufern aus dem Industriegebiet, vor allem Rheinland, Ruhrgebiet, Oberschlesien und aus den freien Hansestädten, die Riesensummen an Papiergeld (Wechselfen in der Höhe eines Tagesumsatzes) in Reichsbanknoten mit sich führen. Diese Aufkäufer sind dann in der Lage, jeden Preis zu bieten, vor allem sofort zu bezahlen. Von den Landwirten wird meist nur nur Bargeld in Zahlung genommen, sogar weiße Reichsbanknoten werden zurückgewiesen. Wer nicht mit ungeheuren Summen kommt, wird nicht beliebt. Feststellungen ergaben, daß auch den Landwirten bekannte Händler, die mit 50 bis 60 Milliarden an Zahlung kamen, ohne weiteres lächelnd zurückgewiesen wurden. Bei Beträgen unter 10 Milliarden wird oft überhaupt keine Quittung erteilt. Der Preis, der von den Gutsherrn gefordert wird und an den die Großlieferanten gebunden sind, liegt schon seit mehreren Tagen erheblich über 2 Goldmark. Das liegt daran, daß von den Aufkäufern aus den erwähnten Industriegebieten 2½ Goldmark ohne weiteres geboten werden. Es sind sogar schon bereits 3 Goldmark für den Zentner genannt worden.

In diesem Krieg um die Kartoffeln muß die Regierung eingreifen und der Verbraucherschaft Hilfe bringen, sonst nimmt er einen schlimmen Ausgang. Die deutsche Frage ist eine Ernährungsfrage, sie kann nur gelöst werden, wenn auf Profitinteressen nicht die geringste Rücksicht genommen wird. Es geht unmöglich an, daß ein Teil der Agrarier durch den Besitz an Grund und Boden, das heißt dem heiligsten und wertvollsten Gute der Nation, Herrscher über Leben und Tod der Nation wird.

Notizen.

Die Beamtenghälte. Zum Ausgleich der im Oktober entstandenen weiteren Teuerung werden den Beamten und Staatsangestellten auf Grund der Vereinbarungen folgende Zahlungen gewährt: Am Montag erhalten die Beamten als Ausgleich für die im zweiten Monatsviertel eingetretene Teuerung das Dreifache des Betrags, der bis bereits am 11. d. M. ausgezahlt erhalten. Am Donnerstag den 18. d. M. wird als Abschlagszahlung für das dritte Monatsviertel ein volles Oktobergehalt unter Zugrundelegung einer Mehzziffer von 35 000 gezahlt, wobei die am 1. Oktober erfolgte Vorauszahlung des Oktobergehalts zur Anrechnung kommt. Ueber die endgültigen Bezüge für das dritte Monatsviertel wird am 18. d. M. im Reichsfinanzministerium verhandelt werden.

Kommunistenverhaftungen. Die Kommunisten hatten am Sonntag einen Betriebsratskongress für Niedersachsen (Hannover und Braunschweig) nach Hannover einberufen. Die Verankelter dirigierten jedoch ihre Gefolgschaft nach Hildesheim, wo die Tagung von der Polizei aufgehoben und 72 Teilnehmer, darunter bekannte Kommunistenführer aus Hannover, festgenommen wurden. Zahlreiches Material, auch Mobilisationspläne, wurden beschlagnahmt. Die Polizei verhinderte den Versuch, den in Hildesheim gesprengten Kongress in Alfeld fortzusetzen. In Gexen bei Alfeld, wohin sich die Teilnehmer am Kongress dann begaben, wurden weitere 30 Verhaftungen vorgenommen. Das in Hannover erschienene „Niedersächsische Arbeiterblatt“ wurde auf Befehl des Militärbehördenchefs, General v. Löffberg, bis auf weiteres verboten.

Der Triumphator. General Ludendorff hat einen politischen Agitationsausflug nach Schlesien unternommen. Bei einer Kriegerdenkmalweihe in Militsch — das Denkmal gilt in erster Reihe dem gefallenen Fliegeroffizier Manfred von Richthofen — sprach er am Sonntag. Er begeisterte sich selbst dabei immer noch als Vertreter der Obersten Heeresleitung. In seiner Begleitung war General von Linsingen erschienen. Nach Schluß der Ansprache zog die in Militsch liegende Schwadron des 8. Reiterregiments des Ludendorff vorbei, als ob der Kriegverlierer und hemmungslöse rechtsradikale Heerführer gegen die Republik immer noch eine offizielle Persönlichkeit im Reich wäre. Das Ansehen der Reichswehr kann durch dieses Verhalten nur beeinträchtigt werden.

Ein deutschnationaler Parteitag verboten. Der Parteitag der hannoverschen Landesverbände der Deutschnationalen, der am 13. Oktober in Celle stattfinden sollte, ist kurz vor Beginn verboten worden. Es fand nur eine Sitzung des erweiterten Vorstandes der Partei statt.

Verbot kommunistischer Versammlungen in Ostpreußen. Der militärische Befehlshaber im Wehrkreis 1 hat bis auf weiteres alle kommunistischen Versammlungen verboten.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis (Schiffesgabe) d. Buchhändler, z. B. 1 100 000 000 (Um Antiquariat eigene Schiffesgabe 500 000 000.)

Zeitschriften-Abteilung
(Bestellungen auf alle Zeitschriften auch durch die Zeitungsträgerinnen.)

Neu eingetroffen:

Das Leben des Menschen. Dr. Fritz Rabn. 16. Lieferung. — Die Rodenschau Sept. 30. — Simplicitas Nr. 29. — Die Zeit. Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur. Heft 7. — Der Lehrmeister im Garten und Kleintierhof Nr. 42. — Der Sämer. Monatschrift für Gemüt und Geist. Heft 1. — Das Tagebuch. Heft 41. — Die Glocke Nr. 2.

Theaterkaffe.
Eröffnet von 10 bis 12 und 1 bis 3 Uhr.

Bolschbühne. Für „Zar und Zimmermann“ nur noch Stehplätze. — Bolschbühne. Arbeitspläne für Oktober — Dezember 19.3 5300 000 Mark. — Hörerarten zu sämtlichen Lehrgängen bis zum Sonnabend dieser Woche.

OSRAM NITRA

OSRAM NITRA

OSRAM NITRA

Sehschärfe und Sehgeschwindigkeit werden erhöht durch ausgiebige Beleuchtung.

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

Depeschen.

Unruhe in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. Oktober. Von der Stadtverwaltung wird zu den gestrigen Unruhen folgender Bericht abgegeben: Im Laufe des Nachmittags ist es wiederholt zu Menschenansammlungen, aber nirgends zu Plünderungsversuchen gekommen. Die Polizei konnte die Menge überall rasch auseinander treiben. In später Abendstunden, etwa gegen 7 Uhr, liefen bei der Polizei Nachrichten ein, daß in der Gegend des Worringer Platzes neue Plünderungen verübt wurden. Die Polizei begab sich sofort dorthin und überführte das ganze Viereck. Viele Neugierige, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, wurden hierbei zum Teil nicht unerheblich verletzt. Die Plünderungen sind es hier jedoch ebenfalls nicht gekommen. Die Hausdurchsuchungen werden mit größtem Erfolg fortgesetzt. Eine Unmenge Waren wurden zutage geschafft. Heute sind von der Polizei weitere 37 Personen wegen Teilnahme an den Plünderungen verhaftet worden. Selbstschuß, der lediglich in Unterstützung der Polizei Gewalttaten gegen Leben und Eigentum abzuwehren hat, ist jetzt aufgestellt. (Die Hungernden werden dadurch aber nicht satt. Red.) —

Lebensmittelunruhen.

Berlin, 16. Oktober. In Oberjochenweide kam es gestern nachmittag zu zahlreichen Stellen zu Ansammlungen, die die hohen Lebensmittelpreise erneut besprachen. Durch

das sofortige Eingreifen harter Streifen der Schupo wurden Plünderungen verhindert. Bei der Versteigerung der Ansammlung wurden zwölf Personen festgenommen. Spät abends versuchte die Menge die Abführung eines jungen Burtschen, der allem Anschein nach in ein Lebensmittelgeschäft eindringen wollte, zu verhindern. Ein Arbeiter, der dem Polizeibeamten den Karabiner entriß, wurde verhaftet, während der erste Sittierte entkam. — In Schöneberg wurden gestern abend aus der Wädelerei Schiller in der Hauptstraße Waren vom Ladentisch geraubt. —

Dollar Amtl. Notiz vom Montag 3 750 600 000, amtl. 4 100 000 000
Besten Kurs u. Neuhort 4 000 000 000 Mk.

Die Warschauer Explosion.

W. Warschau, 16. Oktober. Nach ergänzenden Berichten über die gestrige Explosionskatastrophe soll die Zahl der Toten nach dem Ableben von einer Anzahl Schwerverwundeter auf 150 Personen gestiegen sein. Die Gesamtzahl der Schwerverwundeten wird nunmehr mit 1000 angegeben. Unter diesen sind nicht nur die Bewohner der Zitabelle, sondern auch der in der Nähe befindlichen Beamtenkolonie. In dem Magazin, das in die Luft geflogen ist, lagerten ungefähr

steben Waggons Pulver für schwere Geschütze. Der durch die Explosion verursachte Aufdruck war so stark, daß zur Zeit der Explosion eine in der Nähe der Zitabelle marschierende Militärauflage in die Weichen geworfen wurde, wobei viele Soldaten in den Wellen den Tod fanden. Kurz nach der Explosion traf aus der Stadt Minsk, Majowicki, welche eine Bahnstunde von Warschau entfernt ist, die Anfrage ein, ob Warschau von einem Erbeben heimgesucht sei. Die Katastrophe wird zunächst auf einen verbrecherischen Anschlag zurückgeführt. Nach den Erklärungen des Staatsanwalts kann jedoch angenommen werden, daß es sich um eine Unvorsichtigkeit der mit der Einlagerung des Pulvers Beschäftigten Arbeiter handelt. —

Die griechische Regierung zurückgetreten.

W. London, 16. Oktober. Der Athener Korrespondent des „Daily Express“ meldet: Wie verlautet, beschloß das Kabinett, zurückzutreten. Es wird durch ein neutrales Ministerium unter Politis ersetzt werden. Das revolutionäre Komitee wird während der Neuwahlen zum Parlament bestehen bleiben. —

Brand in einem deutschen Waisenhaus.

W. Sofia, 16. Oktober. Gestern nachmittag brach ein Brand in hiesigen deutschen Waisenhaus aus, das zum Teil zerstört wurde. Menschenleben sind nicht zu beklagen, dagegen ist der Sachschaden bedeutend. —

J. Sorger, Magdeburg

Jakobstraße 3, Ecke Kleine Marktstraße.

Spezialgeschäft für Herren- u. Knaben-Garderobe sowie Arbeiter-Kleidung.

Magol-Werke Albert Müller, Magdeburg
Magol-Bohnerwachs
 Für Haushalt und Hotel.

Gemeinnützige Gold-Ankaufsstelle des Wohlfahrtsamts Magdeburg
 Neuer Weg 1/2
 1620 Ankauf von Gold, Silber, Platin
 Bruch u. Gegenständen
 Kostenlose Beratung in geräumten Räumen
 Geschäft von 9 bis 6 Uhr
 Legitimation erforderlich.

4ling Seife
 Hersteller: J. Kron, München
 Einmal verwendet, werden Sie begeistert sein und sie täglich benutzen!

Wolle
 strumpfableitend
 Woll-Handelszentrale
 Sie finden billige Bücher in unserm Antiquariat.
 Buchhandlung Volksstimme Magdeburg

Zahle
 Für die beim Begräbnis meiner lieben Gattin...
 Max Köhr.

Öffentliche Bekanntmachungen
 Am Oktober d. J. sind folgende öffentliche Abgaben zu leisten...
 Magdeburg, den 15. Oktober 1923. Der Magistrat.

Wochen-Abreiß-Kalender
 für das Jahr 1924
 nach dem Entwurf eines bekannten Graphikers ist erschienen.
 Den Freunden graphischer Schwarz-Weiß-Kunst empfehlen wir baldige Anschaffung dieses in nur geringer Anzahl angelegten Kalenders zu dem überaus Günstigen Preis von 1 Mark.
 Versand nach auswärts erfolgt unter Berechnung von Verpackung u. Porto
 Buchhandlung Volksstimme Magdeburg

BREMEN

AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN
 Reisegepäck-Versicherung
NORDDEUTSCHER LLOYD
 + BREMEN +
 in Magdeburg: Norddeutscher Lloyd General-agentur, Breite Weg 166;
 in Burg: Carl Schmalz Buchhandlung, Wilhelm-Deutscher jun., Markt 6.

Frauenhaar?
 Hermann Liesau
 Breite Weg 99 gegenüber dem Zentraltheater.

Gold-, Silber-, Platin-, Dublet-Bruch u. Gegenstände Gebisse, Brillanten
 A. Sänger, Juwelier
 Büchelstraße 17.


Rausche Pistolen
 Schieß, Hartnast, Ia
 Tel. 1623.

Royal
 Kinostspiele
 Breite Weg 94
 Dir. G. Kännitz
 Täglich 8 Uhr internationale Dam-Buchkämpfe

Ständesamtliche Nachrichten
 Magdeburg-Mitglied.
 Todesfälle: 15. Oktober: Herr Ernst...
 16. Oktober: Herr...
 17. Oktober: Herr...

Bekanntmachung
 Sie werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht...

Bekanntmachung
 Die auf letztes erfolgt die Stromverrechnung...

Gehen Sie zum Fachmann

 R. Weidmann, Markt 12, vom 2. Treppen. — Tel. 634.

Echt bayrische Biere
 unerreicht in Reinheit, Wohlgeschmack, Beförmlichkeit
Wilhelm Dräger
 Sendestr. 41. Biergroßhandlg. Fernspr. 135.

Bunte Bühne
 Zentraltheater-Restaurant
 Täglich 7 1/2 Uhr
Das neue Programm
 Okt. - Programm
 Hr. Satter - Zander
 Eise Rhoden
 Franz Marx
 Rivello
 Fritz Waldow

Wesche & Co. Magdeburg - N.
Atmaterial-Verwertung
 von Altkleidern, Eisenblechen, Maschinen, Latexen und
 Resten, Federn, aussehender Anlagen, Transmissions-
 Wellenfabrik- und Werkzeugmaschinen auf Abbruch erst
 mit Gebrauchs- sowie Eisen- und Zinn-
 von Altkleidern aller Art, Metallgegenständen, alten Metallblechen,
 Metallresten, Altkleidern, Schrott, zellen Altkleidern,
 Eisenresten und metallischen Resten aller Art.
 Feste Angebote stets erlöslos.

Hofjäger
 Dr. Gesellschaftsbau
 25. Freitag den 19. Oktober 25.
 Aufführung 25.
 Léon Jessel.

Zentral
 Täglich 7 1/2
Des Königs Nachbarin
 Friedrich d. Große
 Max Brühlberg a. G.
 25. Freitag den 19. Oktober 25.
 Aufführung 25.
 Léon Jessel.

Tiermarkt
 Rausche Kanarienvögel
 Meyer Schrotzbecker
 Breite Weg 34
 Ecke Marktstraße.
Grundstücks- und Wohnungsmarkt
 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Städtische Theater
 Stadttheater
 Mittwoch, 17. Oktober 6. Abend
Candida
 Komödie von B. Scham
 Anf. 7 1/2, Ende 10 Uhr.
 Wilhelm-Deutscher
 Mittwoch, 17. Oktober
 Dorn. f. d. Gesellschaft
 für Theater und Kunst
Schweiger
 Schauspiel v. Fr. Merlet
 Anf. 7 1/2, Ende 10 Uhr.
CIRCUS
 CIRCUS
 MAGDEBURG
Gastspiel
 im
 Magdeburger
 Circusgebäude
 Eröffnung
 7.45 Uhr.
 Oktober
 17.
 Mittwoch.
 Täglich
 7.45 Uhr
Kommen
 Sie zur
 Eröffnung!
 Täglich
 7.45 Uhr

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. Oktober 1923.

Wertbeständige Wohnungsbauabgabe.

Der Magistrat gibt bekannt: Die Veranlagung der Wohnungsbauabgabe vom 1. April 1923 bis 31. März 1924 wird in einigen Tagen den Abgabepflichtigen zugeföhrt. Die jetzige Veranlagung weicht gegen die Veranlagungen der Vorjahre wesentlich ab. Die Abweichungen sind in den geänderten gesetzlichen Bestimmungen begründet und in dem Bestreben der Stadt Magdeburg, die Wohnungsbauabgabe den Veränderungen des Geldwertes besser anpassen zu können. Bisher wurde der wertliche Betrag vom Hauseigentümer nach dem Verhältnis der Friedensmiete auf die einzelnen Mieter umgelegt. Jeder Erhebung folgte eine neue Veranlagung und neue Umlegung. Für das Rechnungsjahr 1923 erfolgt die Zahlung nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich. Die Auforderungen enthalten fünfjährig nicht mehr die wertliche Summe, sondern nur den monatlich zu zahlenden Grundbetrag. Dieser Grundbetrag, der für alle Monate gleich bleibt, ist in der bisherigen Weise im Verhältnis der Grundmieten umzulegen. Als Grundbetrag ist die nach dem Satze vom 1. April 1923 zu zahlende staatliche Abgabe festgesetzt (1500 Prozent des Friedensmietwertes). Jedem Mieter wird neben der Bekanntmachung in der bisher üblichen Weise durch die Verteilungskämmerer der auf ihn entfallende Grundbetrag vom Hauseigentümer schriftlich mitgeteilt.

Die Errechnung der Beträge geschieht durch Multiplikation des Grundbetrags mit einer Schlüsselzahl, die allmonatlich von den städtischen Körperschaften neu festgesetzt und durch die Tageszeiten veröffentlicht wird. Erhöhungen der Wohnungsbauabgabe, der staatlichen sowohl als auch des Gemeindezuschlags werden durch Erhöhung der Schlüsselzahl ausgedrückt. Für April bis einschließl. Oktober ist eine Gesamt Schlüsselzahl in Höhe von 120 000 festgelegt, so daß für diese Monate insgesamt der monatliche Grundbetrag mal 120 000 zu zahlen ist. Die Zahlungsaufforderungen gehen den Gebäudeeigentümern in doppelter Ausfertigung zu. In beiden ist die Verteilung vorzunehmen und durch die Mieter anerkennen zu lassen. Nach Anerkennung ist die zweite Ausfertigung der zuständigen Steuerzahlstelle einzureichen.

Bei Stellung von Anträgen auf Befreiung, Ermäßigung oder Stundung der Wohnungsbauabgabe ist diese Aufforderung dem Antrag beizufügen. Das preussische Katasteramt nimmt Anträge auf Befreiung, Ermäßigung oder Stundung nicht mehr entgegen, vielmehr ist gesetzlich festgelegt, daß derartige Anträge von denjenigen Personen, die Unterhaltungen, Zerwungszuschüsse oder Fürsorge erhalten, bei den unterstehenden Stellen anzubringen sind. Die übrigen Gesuchsteller haben die Anträge beim Gemeindevorstand anzubringen.

Anträge auf Befreiung, Ermäßigung oder Stundung sind demnach einzureichen: von Personen, die Rente aus der Invaliden-, Unfallversicherung oder Unfallversicherung beziehen, beim städtischen Versicherungsamt, von Personen, die Rente als Kriegsbeschädigter, Kriegshinterbliebener oder Militärentrenter beziehen, bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge bzw. dem städtischen Wohlfahrtsamt, von Personen, die Wehrrentnerfürsorge erhalten, beim städtischen Wohlfahrtsamt, von Erwerbslosen beim städtischen Arbeitsamt, von allen übrigen Personen beim städtischen Wohnungsamt.

Für die Anträge sind Formulare zu benutzen, die bei den genannten Stellen in Empfang genommen werden können. Eine weitere Neuerung gegen die Vorjahre ist die Aufwertung der Wohnungsbauabgabe bei nicht pünktlicher Zahlung nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen, außerdem können bei verspäteter Zahlung Verzugszinsen berechnet werden. Es liegt also im Interesse der Hauseigentümer wie der Mieter, die Abgabe pünktlich zu zahlen, um unnötige Geldausgaben zu vermeiden.

Die kürzlich durch die gesamte Presse veröffentlichte Notiz, das Aufkommen aus der Wohnungsbauabgabe werde nicht einmal die Erhebungskosten, trifft weder für die in Magdeburg bisher erhobene noch für die jetzt zu erhebende Wohnungsbauabgabe zu. Diese Nachricht bezieht sich vielmehr nur auf die staatliche Abgabe ohne Gemeindezuschläge.

Neue Postgebühren ab 20. Oktober.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 20. Oktober an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende in Millionen Mark:

- Für Postkarten im Ortsverkehr 2, im Fernverkehr 4.
Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4, im Fernverkehr bis 20 Gramm 10.
Für Drucksachen bis 25 Gramm 2, über 25 bis 50 Gramm 4, über 50 bis 100 Gramm 6, über 100 bis 250 Gramm 10.
Für Pakete bis 3 Kilogramm 1. Zone (bis 75 Kilometer) 25, 2. Zone (über 75 bis 375 Kilometer) 50, 3. Zone (über 375 Kilometer) 50, über 3 bis 5 Kilogramm 35 bzw. 70 bzw. 70.
Für Postanweisungen bis 100 Millionen Mark 3, über 100 bis 500 Millionen Mark 6, über 500 bis 1000 Millionen Mark 10, über 1000 bis 5000 Millionen Mark 15; für bar eingezahlte Zahlkarten bis 100 Millionen Mark 1, über 100 bis 500 Millionen Mark 2, über 500 bis 1000 Millionen Mark 3, über 1000 bis 5000 Millionen Mark 4.

— Milliardenmarkt. Die Auswirkungen des hohen Dollarwertes, verbunden mit der Entwertung der deutschen Papiermark haben sich heute mit erschreckender Deutlichkeit auf dem Wochenmarkt gezeigt. Mit der Millionenrechnung scheint es allüberall zu Ende zu gehen. Es geht mit Riesenschritten und im Eiltempo zu den Milliardenpreisen. Dieses Tempo können normale Menschen nicht mehr innehalten und sehen mit starren Augen vor den täglichen Preiserhöhungen. So ging es heute den Hausfrauen, als sie die Preistafeln auf dem Wochenmarkt zu entziffern versuchten. Uebereinstimmend waren heute die in Stadtgeschäften und auf dem Wochenmarkt geforderten Preise. Zum ersten Male war das Schweinefleisch über eine Milliarde gestiegen, es notierte pro Pfund bis 1,120 Millionen. Rindfleisch ist von 320 auf 840 Millionen, Kalbfleisch von 240 auf 760 und Hammelfleisch von 240 auf 660 Millionen Mark gestiegen. Für Speck wurden 1,5 bis 1,8 Milliarden verlangt. Die Würstpreise sind seit Sonnabend um das Dreifache gestiegen. Für Bratwurst wurden 1,6 bis 1,8 Milliarden, für Rost- und Leberwurst bis zu 1,4 Milliarden gefordert. Die Preise für Seefische sind ebenfalls auf das Doppelte von 90 auf 180 Millionen, gelbesche Heringe gar lieferten pro Pfund 240 Millionen. Für 10 Stück kleine Käse mußten 200 Millionen und für 1 Pfund Knochen 120 Millionen Mark angelegt werden. Zwiebeln notierten heute mit 60 Millionen, am Sonnabend waren sie noch für 30 Millionen erhältlich. Mit dem Obst und Gemüse sah es ebenso traurig aus. Weißkohl war mit 30, Wirsingkohl mit 40 Millionen angesetzt. Röhrenkohlen 30, Kohlenbrot 25 und grüne Bohnen 30 Millionen. Für Kartoffeln mußte heute der ungeheure Preis von 25 Millionen bezahlt werden, das Pfund, nicht der Zentner. Äpfel, Birnen und Pflaumen notierten bis zu 50 Millionen und darüber. Viele Frauen kochten heute vom Markt, ohne etwas gekauft zu haben.

— Öffentliche Abgaben im Oktober. Durch Bekanntmachung im amtlichen Teil dieser Ausgabe wird vom Magistrat aufgeföhrt, für das 1. und 2. Quartal der vorläufige Gewerbesteuer, Gemeindegemeinder, staatliche Grundvermögenssteuer, für Oktober die Kanalgebühr, als zweite Nachtragsumlage die Handwerkskammerbeiträge zu zahlen. Als vorläufige Gewerbesteuer für 1923 ist für das erste Vierteljahr das Sechsfache und für das zweite Vierteljahr das 150fache des Vorjahresbetrages zu entrichten. Die bisherigen Zahlungen werden angerechnet. Als Grundsteuer kommt für das 1. Quartal der vorausgesetzte Vierteljahresbetrag und für das 2. Quartal das 250fache desselben zur Erhebung. Als staatliche Grundvermögenssteuer ist als erste Quartalsrate der veranlagte Jahresbetrag und als 2. Quartalsrate gleichfalls das 250fache zu entrichten. Die Anforderung dieser Steuern erfolgt durch besondere Steuerzettel, nach deren Zustellung eine Zahlungsfrist von 8 Tagen gewährt ist. Die Kanalgebühr, die jetzt monatlich erhoben wird, stellt sich für Oktober bei nach Nutzungsbetrag veranlagten (Wohn-) Grundstücken auf das 5100fache und bei nach dem Wasserverbrauch veranlagten (gewerblichen) Grundstücken auf das 11600fache der ersten Quartalsrate. Über die Handwerkskammerbeiträge ereicht eine besondere Benachrichtigung nach. Als 2. Nachtragsumlage sind als Zuschlag 2 000 000 %, das 500fache der ersten Veranlagung, festgelegt. Die Zahlungsfrist der Handwerkskammerbeiträge läuft am 22. Oktober ab. Die Hundesteuer ist für das zweite Quartal gleichfalls auf das 250fache des ersten Quartals erhöht worden. Diese Erhöhung soll erst zusammen mit der dritten Quartalsrate erhoben werden. Letztere ist vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf 2500 Millionen Mark festgesetzt worden. Die Zahlungsaufforderung erfolgt erst nach Genehmigung und zwar nur öffentlich. Für Hunde, welche bis zum 31. Oktober er. abgeschafft und abgemeldet worden sind, wird die dritte Quartalsrate nicht erhoben. Wird eine Zahlung nicht rechtzeitig geleistet, so ist nach der preussischen Verordnung über Erhebung von Verzuß- und Stundungszuschlägen für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ein Zuschlag von 400 Prozent des Rückstandes zu zahlen. Rückständige Beträge werden nur durch öffentliche Bekanntmachung angemahnt und alsdann nebst Verzugszuschlag und Gebühren ohne weiteres zwangsweise beigetrieben. Zugleich ergeht die öffentliche Aufforderung zur Vermeidung der Zwangsversteigerung alle noch rückständigen Gemeindeforderungen nebst den verwirkten Zuschlägen bis zum 19. Oktober zu zahlen. Der Verzugszuschlag wird vom 21. September an betreffen Rückständen erhoben, auch wenn diese vorher fällig waren.

Vereinte sozialdemokratische Partei.

Franen-Mitgliederbesammlung am Donnerstag den 18. Oktober abends 7 1/2 Uhr, bei Eduard Holz, Tischlerstraße 22. Die Landtagsabgeordnete Christmann (Warmen) spricht über "Die politische Lage". Eintritt 5 Millionen Mark.
V. S. D. Betriebsoblene heute Donnerstag um 4 1/2 Uhr Sitzung bei Holz Tischlerstraße
Vorstand der Arbeiterwohlfahrt am Freitag den 19. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Bezirksbureau.

Die Kurkosten in den städtischen Krankenhäusern betragen in der Zeit vom 15. bis einschließl. 21. Oktober täglich:

Table with columns for patient types and costs. Includes rows for 'auf der Abt. der Privatabteilung', 'gemeinen 2. Kl. (Zimmer f. 1. Kl. (Einzelt.)', 'Einheimische Erwachsene', 'Kinder v. 4-14 J.', 'Auswärtige Erwachsene', 'Kinder v. 4-14 J.', 'Verpflegungsleiter'.

Die Bestimmungen betr. Arzthonorar und Nebenkosten bleiben unverändert. Für Ausländer gelten besondere Sätze.

— Weiteres Magdeburger Notgeld. Zur Behebung des Mangels an Zahlungsmitteln wird von der Stadt Magdeburg mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde weiteres Notgeld herausgegeben. Die Scheine lauten über den Betrag von 500 000 000 Mark und haben für die Stadtkreis Magdeburg als öffentliches Zahlungsmittel Gültigkeit. Der Zeitpunkt der Wiedereingiehung der Notgeldscheine wird besonders bekanntgegeben.

— Neue Notgeldscheine der Reichsbahn zu 20, 50 und 100 Millionen Mark gelangen in den Verkehr. (Siehe Bekanntmachung im Inzeratenteil.)

— Reichsbanknoten zu 50 Milliarden. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind auf weißes Papier gedruckt und 16x180 Millimeter groß. Das rechteckige im Papier eingearbeitete Wasserzeichen stellt Eichenlaub mit Kreuzornamenten dar. Die Rückseite zeigt die Wappensteinen des Reiches. Der Schein ist mit der querliegenden Zierzahl 50 und dem Worte Milliarden in schwarzer Farbe überdruckt. Der aus feinem Linienwerk bestehende, in den Farben Gelb, Rot und Grünblau spielende Untergrund zeigt im Mittelfeld die große helle Zierzahl 50.

— Zugverkehr Gilsleben-Blumenberg. Wie uns die Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, werden die Personenzüge 822/823 von Freitag den 19. Oktober d. J. an zwischen Gilsleben und Blumenberg bis auf weiteres in folgender Fahrplanlage abfahren: Zug 822: Gilsleben ab 2.10, Seehausen (Kreis Wanzleben) 2.24, Remterleben 2.34, Klein-Wanzleben 2.41, Wanzleben (Bezirk Magdeburg) 2.52, Blumenberg an 3.00 Uhr nachmittags (Anschluß an Personenzug 375) und Zug 823: wie bisher Blumenberg ab 5.20, Gilsleben an 6.14 Uhr nachmittags. Vom gleichen Tage an verkehrt Zug 821 von Blumenberg bis Gilsleben durchweg 5 Minuten früher, d. h. Blumenberg ab 1.06, Gilsleben an 2.00 Uhr nachmittags.

— Beschäftigung der Pfeifferischen Anstalten. Die Pfeifferischen Anstalten in Eiacou sehen Veruche von Vereinen, Konfirmanten, Schulen usw. sehr gern; doch bittet die Direktion im Interesse der Arbeit dringend, die Vormittage davon frei zu lassen und alle Veruche wenigstens 14 Tage vorher anzumelden, damit sich an einem Tage nicht allzu viele häufen. Am besten eignen sich die Montagnachmittage von 3 Uhr an, da in dieser Zeit am besten Personen zur Führung zur Verfügung stehen und die einzelnen Betriebe am wenigsten beeinträchtigt werden.

— Vermittlung von Aufträgen. Die Wirtschaftszeitung der Handelskammer zu Magdeburg und Halberstadt (Verlag Johann Friedr. Giers, Magdeburg) veröffentlicht folgende Notiz, die auch für die Leser uners Blattes von besonderer Wichtigkeit ist: "Schon mehrfach ist es den Bemühungen der Handelskammer zu Halberstadt gelungen, Firmen ihres Bezirkes namhafte Aufträge von Behörden zu vermitteln. Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage vieler Firmen wollen diese Vermittlungsversuche von Aufträgen noch in erhöhtem Maße unternommen werden. Die Handelskammer ist gerne bereit, auf Anfragen nähere Auskünfte zu erteilen. In Frage kommen in erster Linie Aufträge auf Grund der Wiederherstellungsgesetzgebungen, ferner Aufträge für Reichspost, Reichseisenbahn, Reichswehr, für die Preussische Schulpolizei, für Wiederherstellung der Handelsflotte und ähnliches. Möglichst genaue Angaben über die Leistungsfähigkeit der betreffenden Betriebe sind erwünscht."

— Gestohlen wurden aus einem Garten am Rennplatz außer Laubengut verchiedener Art, ein besonders wertvoller Wintereisapfel.

— Als Vorwurf für die Erwerbslosenunterstützung für der kommenden Woche werden die Sätze der Woche vom 10. bis 16. Oktober 1923 noch einmal ausgezahlt; die Vorzahlungszahlung wird mit der gewöhnlichen Zahlung verbunden.

— Karl Brüger in Mandeburg. Unse Parteigenossen müßten vor nochmals auf den Vortragsabend hinweisen, den der Arbeiterdichter Karl Brüger im Rahmen der Veranlagung des Vereins Magdeburger Presse am Mittwoch 1/3 Uhr in der Aula der Luisenschule abhält. Seine Gedichtbände und sein Roman "Der Held im Schatten" haben ihm längst eine Berühmtheit erworben. Den Dichter selber sprechen zu hören, dürfte vielen willkommen sein.

— Zirkus-Gasspiel. Heute Mittwoch abend eröffnen die Blumenfelder in ihrem eigenen Gebäude; und nach dem bisherigen Vorverkauf zu urteilen, scheint schon die erste Vorstellung ein volles Haus zu verbuchen. Das aus 30 Teilen zusammengestellte Programm weist Darbietungen auf, die fast ausnahmslos neu für Magdeburg sind und zu den besten der Zirkus- und Varietésünfte gehören. Für heute abend und die nächste Zeit sei also die Lösung: Zum Zirkus Blumenfeld!

— Vereinfachtes Lotteriespiel. Ein Opfer der Geldentwertung ist, wie so vieles andere, die preussisch-süddeutsche Klassenlotterie geworden. Mit Schluß der am übernächsten Montag beginnenden Ziehung der 4. Klasse wird das Spiel in der Klassenlotterie sein Ende erreichen und ein neues vereinfachtes Spiel eingeföhrt. Grund dazu bieten die vielen Mifßheftigkeiten, die die Erhöhung der Einätze zur 3. und jetzt zur 4. Klasse mit sich gebracht haben. Wenngleich auch die Gewinnmöglichkeiten durch Heraushebung der Gewinnsummen ganz bedeutend aufgebeßert worden sind, so sträuben sich doch viele Spieler, die erhöhten Einätze zu zahlen, da sie stark in die Millionen gehen. Dazu kommt, daß die Gewinner für das Weiterspielen in der neuen Klasse geradezu bestraft werden. So wurden beispielsweise in der 3. Klasse Gewinne von 5 Millionen gezogen. Mit der Ziehung des Loses ist dieses für die 4. Klasse ausgeschieden. Man spielt nun aber vor allem auch deshalb in der Klassenlotterie, um an der Hauptziehung — Ziehung der 1. Klasse — mit den großen, jetzt Milliardengewinnen teilzunehmen. Wer also in der 3. Klasse mit einem ganzen Lose 5 Millionen Mark gewonnen hat, bekommt diese abzüglich 20 Prozent ausgezahlt, auch aber, wenn er in der 4. Klasse mit den großen Gewinnen wieder mitspielt, 80 Millionen — 4 Millionen gleich 76 Millionen zuzahlen, während man beim Nichterauskommen eines Gewinnes nur 9,9 Millionen Mark für die Erneuerung des Loses hätte aufzubringen brauchen. Da dies und anderes viel Verdrüß bringt, ist beschlossen worden, in Zukunft von einer "Klassen"-Lotterie Abstand zu nehmen und wie bei allen andern Lotterien die Lotterie jeweils nur mit einer Ziehung auszuspielen. Nach Beendigung der Ziehung folgt eine neue Lotterie. Die Klassenweise Einteilung der Lotterie fällt also ganz weg.

— Urkundenfälschung und Betrug. Der Kaufmann Illmann in Magdeburg bekam im Oktober 1921 vom Drogeriebesitzer Dieckmann in Bernburg den Auftrag, ihm ein größeres Quantum Benzol und Zenzol zu beschaffen. Illmann sollte 2000 Liter Benzol und 2000 Liter Zenzol liefern und bekam dafür von Dieckmann einen Bescheid auf die Dammsfäbrik Bank in Höhe von 400 000 Mark. Illmann verfrachtete die 2000 Liter Benzol. Die Bank wollte aber den Scheck erst zur Auszahlung bringen, wenn 2000 Kilogramm Benzol auf dem Magdeburger Bahnhof abgegeben waren. Um in den Besitz des Geldes zu kommen, radizierte Illmann die Literzahl auf dem Duplikatbescheid aus und änderte sie in 2000 Kilo um. Darauf zahlte die Bank den Betrag aus.

Wegen dieser Korrektur zu seinen Gunsten stand Illmann am Dienstag vor dem Schwurgericht Magdeburg. Er führte zu seiner Entschuldigung aus, daß es nicht seine Pflicht war, irgend jemand dabei zu schädigen und daß er Meidung im Benzolhandel gewesen sei und damals nicht wußte, daß Benzol in regulären Handel überhaupt nur nach Gewicht und nicht nach Litern verkauft würde. Den Gewichtsunterschied zwischen Litern und Kilo will er zur Zeit des Geschäftes noch nicht gekannt haben. Die Geschwornen bejahen die Schuldfragen auf öffentliche Urkundenfälschung und Betrug unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Diefem Wahspruch gemäß lautete das Urteil auf vier Monate Gefängnis. Wegen einer vom Verteidiger beantragten Strafmäßigung will das Gericht erst nähere Ermittlungen über den Angeklagten anstellen lassen.

— Ein Fahrrad, ohne Marke und Nummer, mit schwarzen Felgen und gebrochener Sattelstange, befindet sich zur evtl. Wiedererkennung für Besohlene vorm. von 8 bis 10 Uhr im Zimmer 252 der Kriminalpolizei.

— Festgenommen wurde der 20jährige Handlungsgehilfe Werner Timm, GutsMuthsstraße 1, der auf drei seinem Arbeitgeber unterzogene Schecks in Berlin über 60 Milliarden Mark abhob, die er dort bis auf einen geringen Betrag verjubelte.

— Unfälle. Am Dienstag nachmittag geriet der Schüler Alfred B., Schmidtsstraße 45 wohnhaft, im Industriegelände mit dem linken Fuß an einer Drahtseilbahn zwischen eine Rolle und Seil; hierbei wurde dem Knaben der Unterschenkel muskel abgequetscht und der Schenkel gebrochen. — Am Abend stürzte der Eisenbahnarbeiter Walter M. auf dem Vorsteig in der Zatostraße an und brach sich den linken Knöchel. Die Verunglückten fanden Aufnahme im Krankenhaus Mikhael.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Alle Bezirksleiter müssen Sonntag früh 8 Uhr auf dem Sunaborn sein. — Jungsozialisten am Freitag Vortrag im Frontebum. — Jungsozialistinnen besuchen am Donnerstag abends 8 Uhr die Frauenversammlung bei Holz Tischlerstraße.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadtheater. Donnerstag (7. Abend): Martha. — Freitag (8. Abend): Der Schaggraber. — Sonnabend (1. Abend): Schweizer. — Sonntag (Anrecht aufgehoben): Martha.
Wilhelm-Theater. Donnerstag (Vorstellung für die Volkshöhne): Der eingebildete Kranke. — Freitag (Vorstellung für den Gewerkschaftsbund der Angehörigen): Der eingebildete Kranke. — Sonnabend (Vorstellung für die Volkshöhne): Zar und Zimmermann.

Briefkasten.

Burg und andre. Wir ersuchen, Namen, Wohnung und Adressstelle der zur Reichswehr "eingezogenen" Stadtheimleute festzustellen und der Redaktion mitzuteilen.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis x Schlüsselzahl d. Buchbänders. z. B. 1,00 000 000 (3m Antiquariat eigne Schlüsselzahl 500 000 000).

Zeitschriften-Abteilung.

(Bestellungen auf alle Zeitschriften auch durch die Zeitungsträgerinnen.)
Sozialistische Jugend-Internationale, internationale Monatschrift für die sozialistische Jugend, Nr. 1 für Oktober. — Zeiten und Völker, Monatshefte für Volkswirtschaft, Geschichte und Geographie, Heft 1 des neuen Jahrgangs. — Der gemäßigten Sache Nr. 3, Grundpreis 0,1. — Die neue Rundschau, Heft 10. Monatshefte der freien Dichtung. — Praxische Damen- und Kinder-Modes, Heft 1. — Moden-Zeitung für die deutsche Frau, Heft 7. — Sobachs Schnittmusterbogen, Nr. 23. — Sobachs Frauen- und Moden-Zeitung, Heft 1.

Gedichte von Morgenstern.

Dalmea Kunst. Gedichte. Grundpreis dreifach. 1,30, geb. 2,20. — Der Gangang. Grundpreis dreifach. 1,30, geb. 2,20. — Palmström. Grundpreis dreifach. 1,30, geb. 2,20. — Galsgärtner. Grundpreis dreifach. 1,30, geb. 2,20. — Kleinschötte. Mit einem Bilde des Dichters. Grundpreis 1,50.

Nachrichten aus der Provinz.

Das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide.

Infolge der Defizientknappheit besteht eine fast völlige Unmöglichkeit der Einfuhr von Brotgetreide, die zur Sicherung der Broterzeugung nach den Plänen für das laufende Wirtschaftsjahr in starkem Umfang mit in Rechnung gestellt worden war.

Aus diesem Grunde muß die gesamte Verfertigung Deutschlands mit Brot fast völlig auf die Inlandsernte gestellt werden, und es darf Brotgetreide nicht zwecklos dienen, die nicht der unmittelbaren Ernährung der Bevölkerung zugute kommen.

Die wirtschaftliche Lage läßt es auch geboten erscheinen, das Verbot grundsätzlich für das gesamte Wirtschaftsjahr in Kraft zu erhalten. Eine derartige Regelung ist in einem Gesetzentwurf zur Sicherung der Broterzeugung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vorgesehen.

Kreis Gerichtshof 1.

Burg. Die Schuldigen. Die Burger Neusten Nachrichten, das amtliche Kreisblatt, versucht in der Nr. 226 vom 10. Oktober nach dem alten Rezept „Galtet den Dieb“ die Schuld für die übermäßige Preisforderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von den Agrariern abzuwälzen und dem Zwischenhandel zuzuschreiben.

Burg. Die Lage der Arbeiterklasse, ganz besonders in der Schuhindustrie, wird immer trostloser. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit; die Not wächst ungeheuer. Der Hunger treibt die Massen zur Verzweiflung.

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung von E. A. Hoffmann.

(11. Fortsetzung)

„Nun, ich habe den Mann nicht wieder gesehen. Er hielt beide Hände vor sein Gesicht und schluchzte heftig.“

„Nabels Mühe mit dem fremden Jungen. Sie kam öfter und öfter in die Werkstatt. Mit Entzücken betrachtete sie ihre Arbeit.“

für Milch herabzusetzen. In Neuhaßensleben ist es durch das Eingreifen des Landrats, Genossen Sähnen, gelungen, die Preise der Lebensmittel um 20 Prozent herabzusetzen.

Burg. Zur Nachahmung empfohlen. Immer höher steigen die Preise der Lebensmittel in der Arbeiterklasse, infolge der hohen Lebensmittelpreise.

Burg. Der Stahlhelm marschbereit. Am Orte geht die Kunde um, daß 25 Stahlhelme abgesetzt sind, um von der Reichswehr eingekauft zu werden.

Burg. Polizeibericht. Nachts wurde durch einen Polizeibeamten der Handelsmann Karl Schünemann dabei betroffen, als er 28 Grubenhölzer auf einem Wagen nach seiner Wohnung fahren wollte.

Germisch. Berichtigung. Die in Nr. 111 der „Volkstimme“ vom 16. Mai 1923 über die Feuerwehreinrichtungen in Germisch gemachten Angaben, daß das Vieh „heil die im Siegetal“ gelungen...

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Güsten. Eine wichtige Mitgliederversammlung findet am Freitag abend 8 Uhr bei Pöhlmann Landrat Genosse Sähnen statt.

Altmarkt.

Tanzermünde. Der Vetter aus Dinashda. Bei einem Hader ergriff ein Mann, der sich als Vetter eines alten Kriegshelden aus dem Reiches ausgab, und der es verstand, den Wädelmeier zu überreden, ihm 2 1/2 Millionen zu pumpen, weil er in Zukunft ein Schwem kaufen wolle.

Kleine Chronik.

Ein siebenjähriges Mädchen ermordet. Ein schweres Verbrechen wurde in dem Haus Dudenstraße 5 in Berlin entdeckt. Dort hat ein Schlafburche, anscheinend aus Mache, die siebenjährige Tochter seiner Wirtin ermordet.

Ein schrecklicher Fund. Im Hause Kaiserstraße 15 in Berlin war bei unachtsamen Leuten ein zugedachter größerer Fund in den

Hausflur gestellt worden. Dem Korb entfiel ein durchdringender Geruch. Erst als sich bis zum Nachmittag niemand um den Korb gekümmert hatte, machten sich Bewohner daran, seinen Inhalt zu untersuchen.

Blutiges Familien drama. In Piestrich bei Wittenberg geriet der Arbeiter Jäger mit seiner 16jährigen Tochter in Streit, wobei er diese mit einem Beil erschlugen wollte.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse vom 16. Oktober.

Table with columns: Produkte, in Kilogramm Million Mark, Produkte, in Kilogramm Million Mark. Lists various goods like Weizen, Roggen, Hafer, etc.

Nächste Woche Raubfarnnotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drabegreift 390-400 Mill., Sackstroh, drabegreift 260-280 Mill., Gerstenstroh...

Magdeburger Viehmarkt. 16. Oktober. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben: 291 Rinder, und zwar 60 Ochsen, 65 Bullen, 166 Färsen...

Die Preise sind Marktpreise für nächsten gewogenen Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Markt- und Verkaufsstellen, Umfangsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also vornehmlich über die Stallpreise erheben.

Wasserstände.

Table with columns: Orde, Maß, Dänen, Waide, Maß, Dänen, Waide, Maß, Dänen, Waide. Lists water levels for various rivers.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 18. Oktober: Seiter, trocken, nach kühler Nacht tagsüber milder.

an irgendein Ereignis, das mir vielleicht den Eingang bahnt. Doch gleich darauf verschwindet das Licht wieder. Ich drücke mich an das Steinbild, in die Nische hinein, doch entsetzt pralle ich zurück, als ich einen Gegenstand fühle, als sei das Bild lebendig worden.

der wird die Leute auf der Straße morden! Sieht mir recht danach aus - ist recht nach der Art der Norddänen, daß sie beim Leichnam lamentieren und sich fragen lassen werden. Wie war's Junge? Erzähle dreißig - Nicht vor mir, sagte ich, sprang ein Mensch auf den dort los, stieß ihn nieder und rannte blühsinnlich davon, als ich laut aufschrie.